

Friedrich Haag

Sprecher für Wohnungsbau und individuelle Mobilität FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

REDE

anlässlich der Aktuellen Debatte
"Damit Baden-Württemberg Automobilland bleibt –
mit Innovation und Tatkraft für Stabilität in stürmischen Zeiten"
am 2. April 2025
im Landtag von Baden-Württemberg

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

bereits im Dezember 2024 hatten wir hier eine Debatte mit dem Titel "Automobilindustrie als Zukunftsmotor für Baden-Württemberg – Arbeitsplätze sichern, Innovation fördern, Wohlstand erhalten".

Die Wirtschaftsministerin sprach damals von "Wirtschaft first". Von "mehr Technologieoffenheit". Von "weniger Verboten". Davon, dass wir in "einem anderen Land" leben würden, wenn wir die Krise der Automobilindustrie nicht meistern würden. Und endlich auch davon, dass das Verbrennerverbot ein Fehler war - und ist. Und genauso ist es. Die Entscheidung über das faktische Verbrenner-Verbot ist zentral und richtungsweisend für den Standort Baden-Württemberg. Und deswegen ist es doch klar: Das Verbot muss fallen und zwar sofort und dauerhaft!

Auch von Ihrer Parteikollegin Von der Leyen kam jetzt immerhin ein Hoffnungsschimmer: Laut der geplanten Verordnung der EU-Kommission sollen die Strafzahlungen ausgesetzt werden. Aber: Selbst wenn es dazu kommt, ist unser eigentliches Problem noch lange nicht gelöst. Die bisherige CO₂-Regulierung, die E-Antrieben völlig faktenwidrig Null Gramm CO₂ unterstellt und die Potenziale synthetischen Kraftstoffen völlig ausblendet, ist nicht haltbar.

Apropos "nicht haltbar": Glauben Sie ernsthaft, dass wir in Deutschland und Baden-Württemberg bei der Batteriefertigung mit China konkurrieren können? Mit Sicherheit nicht. China hat einen Industriestrompreis von 5 Cent. Und wir? Wir sind bei 25 Cent. Alleine das zeigt schon, dass wir in diesem Bereich deutlich unterlegen sind. Aktuell gehen bei einem E Auto 50% der Wertschöpfung nach China. Das kann und darf nicht in unserem Interesse sein! Wir müssen hierzulande doch auf das setzen, was die Unternehmen beherrschen. Womit sie Geld verdienen können. Und es klimaneutral machen – mit synthetischen Kraftstoffen.

Stattdessen wird in den Koalitionsverhandlungen in Berlin wieder über neue Förderungen für Elektroautos gesprochen. Doch die führen nur dazu, dass potenzielle Käufer abwarten, um von den Subventionen zu profitieren. Dadurch entsteht nur eins: Sündhaft teure Mitnahmeeffekte! Was ist passiert, als die Prämien wieder abgeschafft wurden? "Überraschung", auf einmal haben sich auch die Verkaufspreise nach unten bewegt!

Das zeigt, was wir Freien Demokraten immer wieder betonen: Kein Politiker und keine Prämie kann den Markt diktieren. Die Nachfrage der Kunden bestimmt das Angebot und nicht der Staat. Die übermäßige staatliche Förderung wird dann unter dem Deckmantel der "Transformation" versteckt. Baden-Württemberg darf nicht zum Verlierer dieser Transformation werden! Man kann den Bürgern und der Industrie eine derartige Umstellung nicht von jetzt auf nachher einfach aufzwingen!

Der Titel der heutigen Debatte spricht auch von "Innovationen". Wir könnten einen Innovationsschub schon längst haben - würden wir in BW endlich den Weg in Richtung E-Fuels tatkräftig verfolgen. Bei den Elektrolyseuren sind wir heute führend – noch. Aber es fehlt die Skalierung in die Gigawatt-Liga! Ohne den großflächigen Einstieg in E-Fuels gibt es überhaupt keine Möglichkeit, die rund 340 Millionen Verbrenner-Pkw in Europa klimafreundlich zu machen.

Und dann frage ich mich: Wann versteht diese Landesregierung endlich: Nicht der Motor ist das Problem – sondern der fossile Treibstoff! Warum nutzt eine grün geführte Landesregierung nicht einmal die Klimaschutzchancen von HVO 100 für ihre eigenen Diesel-Fahrzeuge? Das ist doch völlig unverständlich! Gerade, da Sie immer wieder betonen: Beim Klimaschutz sei es 5 vor 12!

Wir dürfen nicht vergessen: Die Automobilindustrie ist ein Teil unserer Identität und mit der größte Anker unserer Wirtschaft in Baden-Württemberg. Aber sie steht aktuell vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte.

Wir dürfen uns nicht auf ideologisch motivierte Verbote versteifen – wir brauchen eine Vielfalt an Lösungen! Elektroautos können ein Teil davon sein, aber genauso wichtig sind Wasserstoff und E-Fuels. Nur so können wir Arbeitsplätze sichern und das Rückgrat unseres Wohlstands erhalten - und kommen gleichzeitig beim Klimaschutz wirklich voran. Denn: Wer sich ökonomisch abschafft, erreicht seine ökologischen Ziele nicht.

Meine Hoffnung in Berlin liegt nun auf Friedrich Merz. Er ist ja bekannt dafür, dass er seine Wahlkampf-Versprechen auch umsetzt. Somit kann die Botschaft aus der künftigen neuen Bundesregierung nur lauten: Das Verbrenner-Verbot ist Geschichte!